

Christine Morgenstern

Gleichstellung

Impulse aus der Frauenbewegung und Erfahrungen
aus einem Vierteljahrhundert Frauenpolitik

VSA:



Christine Morgenstern
Gleichstellung

Christine Morgenstern hat viele Jahre in der Landesregierung Rheinland-Pfalz die Frauenabteilungen in den jeweils zuständigen Ministerien geleitet. Vom Mai 2015 bis zu ihrem Ruhestand im Februar 2019 war sie Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Christine Morgenstern

Gleichstellung

Impulse aus der Frauenbewegung und Erfahrungen
aus einem Vierteljahrhundert Frauenpolitik

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2022, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggrafik: melitas/Getty Images/iStockphoto

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-96488-161-8

Inhalt

Frauenpolitik für eine gerechte Gesellschaft	9
1. Gleichstellung – wo stehen wir heute?	13
2. Der lange Weg zur Gleichberechtigung	17
100 Jahre Frauenwahlrecht und die Wegbereiterinnen	17
Das Frauenwahlrecht!	19
Die Frauenfrage in der SPD	19
Einfluss der Frauen(-bewegung) auf die SPD	20
Die Frauenfrage und die soziale Frage	23
Gleichberechtigung im Grundgesetz	24
Parteiübergreifende Fraueninitiativen	26
Neuer Aufbruch mit Rot-Grün?	28
Die Neue Frauenbewegung	35
3. Institutionalisierte Frauenpolitik– der Fortschritt ist (k)eine Schnecke	37
Erfolge des Bundesfrauenministeriums	38
Gleichstellungsorientierte Familienpolitik	39
Und das Ehegattensplitting?	41
Wichtige Förderungen des BMFSFJ	45
Frauenpolitik der Länder – Rückschau aus persönlicher Erfahrung	46
Auf hoher politischer Ebene etabliert	47
Zwischenbilanz der institutionalisierten Frauenpolitik	49
Gleichstellungspolitik am Beispiel Rheinland-Pfalz	50
Erfolge	51
Kooperationen und Zusammenarbeit	54
Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	56
Gleichstellungspolitik der EU und international	58
Gleichstellungspolitik der EU-Kommission	60
Gleichstellung international	62
4. Mehr Frauen in die Politik! Die Quote in den Parteien	67
Bündnis90/Grüne	67
SPD	67
CDU/CSU	68
DIE LINKE	70
Parität? Parität!	71

Gesetzesinitiativen und Urteile	74
Der französische Weg	80
Von selbst ändert sich nichts!	82
5. Gleichstellung: Die Instrumente	87
Rheinland-Pfalz als Vorreiter für die Quote	87
Die Quote in der Praxis	91
Die Quote für die Wirtschaft – ein »exogener Schock«	93
Bilanz: Es ist eben nicht alles eine Frage der Zeit	96
Zielgrößen werden ernster genommen, aber ohne Druck geht nichts	98
FüPo-Gesetz II: nicht der ganz große Wurf	99
Europäische Quoten-Initiative	103
Weitere Initiativen aus der Kultur und dem Gesundheitsbereich	104
Bereich Film und Regie	105
Pro Quote Medizin	106
6. Gleichstellung: Politische Strategien	109
Gender Mainstreaming	109
Umsetzung in Bund, Ländern und Kommunen	110
Gender Budgeting – gute Ansätze, bescheidene Erfolge	113
Perspektiven von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting	115
Blick über den Tellerrand	119
Strategiewechsel	120
Gleichstellungspolitische Rahmenprogramme (GPR)	120
Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung	121
Die Bundesstiftung Gleichstellung	124
7. Frauen auf dem Arbeitsmarkt	127
Zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit nach 1945	127
Equal Pay – Das Entgelttransparenzgesetz	131
Unterstützung durch Justiz, Ampel und EU-Kommission	135
Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen	138
Implikationen der Digitalisierung	142
8. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	147
In Deutschland kam das »in den besten Familien vor« und tut es noch immer	148
Die Istanbul-Konvention	151
Rückschritte in der Türkei und in Polen	154
Gewalt im Netz	155

Geschlechterdimension digitaler Gewalt	156
Digitale Gewalt hat viele Gesichter	158
Demokratiegefährdung durch digitale Gewalt	159
Femizide	163
Gewaltprävention	164
Vergewaltigung – ein gesellschaftliches Phänomen	165
Vergewaltigung als Kriegswaffe	170
Initiativen zum Schutz von Frauen vor Gewalt	172
Sexismus, #Metoo, Catcalling und Gendermarketing	174
Catcalling	178
Gendermarketing und »Pinkifizierung«	179
Exkurs: Gewalt gegen Männer	181
9. Der ewige Kampf um und gegen den § 218	183
Geschichte des § 218	184
Widerstand der Konservativen	186
Der Einigungsprozess – eine vertane Chance	187
»Ein fauler, aber lebbarer Kompromiss«	190
Die »Werbung« für den Schwangerschaftsabbruch	192
Internationale Entwicklungen	196
10. Kontroversen in der frauenpolitischen Debatte	201
Prostitution und Sexarbeit	201
Legalisierung der Prostitution	203
Das Prostituiertenschutzgesetz	204
Wie geht es weiter?	206
Kopftuch, Niqab, Burka	209
Rechtsgrundlagen und -politische Bewertung hierzulande	210
Kulturelle und politische Deutungshoheit	212
11. Von der Männerbewegung zur Männerpolitik?	217
Anfänge der Männerbewegung	217
Auseinandersetzung mit der Männerrolle	219
Männerbewegung und die soziale Frage	221
Männerbewegung und die soziale Frage	221
Gesonderte Gleichstellungspolitik für Männer?	222
Das Bundesforum Männer e.V.	223
Männerförderung oder Männerpolitik?	224
(Männer-)Politik des BMFSFJ	226

12. Gleichstellung, Antidiskriminierung und Diversity	229
Gleichstellungspolitik und Antidiskriminierungspolitik	229
Diversity	234
Intersektionalität	236
13. Sprache spiegelt die Welt – eine geschlechtergerechte ist notwendig!	241
14. Antifeminismus und Nationalismus – Renaissance des Patriarchats?	245
Und heute?	246
Backlash in der EU	248
Maßnahmen zur Abwehr des Backlash	250
15. Die Frauenfrage und die soziale Frage	253
Frauen an die Spitze – und alles wird gut?	254
»Davos der Frauen«	256
Die »zweite Stufe der Demokratisierung«	257
Vermögensverteilung und Verwirklichungschancen	258
16. Herausforderung Corona	261
Zunahme der Gewalt an Frauen weltweit	261
Und in Deutschland?	262
Retraditionalisierung der Geschlechterrollen	263
Verschärfung der sozialen Ungleichheit	263
17. Global denken und handeln	269
Internationale Verantwortung: Das Lieferkettengesetz	269
Und Europa?	272
UN-Resolutionen zu Frauen und Frieden	273
Agenda 2030	274
18. Was ist zu tun?	277
Eine offensive Gleichstellungspolitik	277
Gleichberechtigung – ein universelles Menschenrecht	281
Die Welt retten – mit einem starken Bündnis	282

Frauenpolitik für eine gerechte Gesellschaft

»Was macht ihr eigentlich im Frauenministerium?« wurde ich anfangs oft gefragt, als ich im Juni 1991 Leiterin der Abteilung Frauen im neu gebildeten Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann in Rheinland-Pfalz wurde. Die Frage entsprang nicht immer neugierigem Interesse; oft war die dahinter liegende Frage »Wieso ein Frauenministerium?!« und die Botschaft »Das braucht doch keiner!« Sehr verbreitet war die Auffassung, die Geschlechterfrage sei lediglich eine Frage des privaten Arrangements und das wiederum Privatangelegenheit von Paaren und nichts, in das sich der Staat einzumischen hätte.

Dass dem gesellschaftliche Erwartungen an Frauen und Männer und eine strukturelle Arbeitsteilung zugrunde liegen, war selten im Blick. Mir begegneten aber auch viele männliche Kollegen anderer Ressorts oder der Landtagsverwaltung mit Interesse am Thema und an der Diskussion darüber, wie Gleichstellung am besten zu erreichen sei.

Auch dass ich meine Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft für eine Position in einem Ministerium aufgegeben hatte, dem manche damals keine lange Haltbarkeit vorhergesagt hatten, war bei einigen auf Verwunderung gestoßen. Zwar hätte eine Auflösung des Ministeriums nicht automatisch zu einer Entlassung geführt, man hätte in diesem Falle aber eine durchaus unwillkommene Tätigkeits- und Statusänderung erfahren können. Daran hatte ich aber angesichts der spannenden Aufgabe keinen Gedanken verschwendet, und die Skeptiker sind ohnehin eines Besseren belehrt worden. Als es 1994 tatsächlich zur Auflösung des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann kam, wurde das gesamte Personal unter Beibehaltung der Abteilung Frauen in das damalige Ministerium für Bildung und Kultur eingegliedert. Rose Götte wurde Frauenministerin, und ihre Vorgängerin Jeanette Rott-Otte, die erste Frauenministerin des Landes Rheinland-Pfalz, wurde ihre für Frauenpolitik zuständige Staatssekretärin.

In den Anfangsjahren des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann galt es, intern einen Organisationsentwicklungsprozess auf den Weg zu bringen, um aus der ehemaligen Leitstelle für Frauenfragen des Landes Rheinland-Pfalz ein Ministerium aufzubauen. Die Leitstelle war 1986 in Nachfolge des Referates für Frauenfragen eingerichtet worden, das 1979 im damaligen Sozialministerium geschaffen worden war. Ein Jahr später wurde die Leitstelle bei der Staatskanzlei angesiedelt.

Organisatorisch war die Umwandlung der Leitstelle in ein Ministerium ein Kraftakt, der nicht immer reibungsfrei verlief, da neue Strukturen, Ab-

läufe und Arbeitszusammenhänge geschaffen werden mussten. Inhaltlich war es eine Herausforderung, mit anfangs sehr wenig Personal alle Arbeitsfelder abdecken zu müssen, da es Aufgabe des Ministeriums war, sich als Querschnittsministerium mit allen Themen aus frauenpolitischer Perspektive zu befassen. Dazu war es aber erforderlich, sich das grundlegende Fachwissen der zuständigen Ressorts anzueignen. Umgekehrt war deren Neigung, sich die frauenpolitische Perspektive zu eigen zu machen, oft nur schwach ausgeprägt, zumal man überzeugt war, dies ohnehin schon immer mitgedacht zu haben.

In den Ministerien hatte sich der Einfluss der Frauenbewegung zu Beginn der 1990er-Jahre noch nicht grundlegend niedergeschlagen. Zwar gab es in den Ländern mittlerweile Leitstellen für Frauenfragen oder ähnlich wenig machtvolle Strukturen, in einigen wenigen sogar schon Frauenministerien (in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein). Die eigentliche Herausforderung bei allen Konstruktionen war es aber, Frauenpolitik wirksam und nachhaltig in den Strukturen und damit im politischen System zu verankern und so zu tatsächlichen Veränderungen zu kommen.

Noch schien das Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik aber vielen suspekt, weil es weder als fachliches Thema noch als eine eigenständige Aufgabe (und gleichzeitig Querschnittsaufgabe!) gesehen, sondern eher als eine Provokation, mindestens aber als irritierend wahrgenommen wurde. In den Augen vieler Ministerialbeamter war ein »Frauenministerium« mit seinen Themen, Ansätzen, Projekten und Bündnispartnerinnen ein Fremdkörper in der Landesverwaltung mit ihren klaren Strukturen und Dienstwegen, ihrer Hierarchie und ihren hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums.

Gerade in einem ländlich geprägten Flächenland wie Rheinland-Pfalz, das bis 1991 ununterbrochen unter CDU-Führung gestanden hatte, wirkte ein Frauenministerium nicht nur auf Menschen außerhalb der Verwaltung, sondern auch auf so manchen Ministerialbeamten oder Abgeordneten eher lila-latz-hosig und exotisch im Gefüge der Verwaltung. Da konnte es schon mal vorkommen, dass in einer Dienstbesprechung, zu der eine Referentin des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann eingeladen hatte, (männliche) Vertreter anderer Ressorts ihre Butterbrote auspackten. Oder dass man(n) sich bei Reden der Gleichstellungsministerin im Landtag lachend auf die Schenkel klopfte.

Das änderte sich mit der Zeit – spätestens, als 1994 das Frauenministerium in den Augen der von Frauen- und Gleichstellungspolitik anfangs irritierten Kollegen in ein »richtiges«, nämlich ein klassisches Ministerium eingegliedert wurde, dem eine »richtige« Politikerin vorstand. Das heißt eine, die nicht »nur« Frauenpolitikerin war, sondern – wie Rose Götte – Bil-

dungs- und Kulturministerin, und damit unbestreitbar »ernsthafte« Aufgaben stemmen musste.

Auch in diesem neu zugeschnittenen Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen, war – ebenso wie in den nachfolgenden Ministerien, in die die Frauenabteilung eingegliedert wurde – das Befremden zunächst groß. Wozu eine eigene Frauenabteilung? Schließlich waren Frauen doch grundsätzlich »mitgemeint«, wenn Ministerien Gesetzentwürfe erarbeiten, den Haushalt und Förderprogramme aufstellen oder Richtlinien vorbereiten. Das war in dieser Zeit eine weitverbreitete Vorstellung inner- und außerhalb der Verwaltung, weshalb viele nicht nur ein eigenes Ministerium, sondern auch eine eigene Abteilung für überflüssig hielten.

Der ersten Frauenministerin des Landes Rheinland-Pfalz, Jeanette Rott-Otte, war es daher ein großes Anliegen, Verständnis und Unterstützung für dieses wichtige Politikfeld durch gute Kommunikation und vorzeigbare Ergebnisse zu erreichen. Dazu war es erforderlich, immer wieder an konkreten Beispielen deutlich zu machen und ins Bewusstsein zu bringen, dass, wie und in welchen Bereichen Frauen und Männer eben (noch) *nicht* gleichgestellt sind:

- in der Gesellschaft, im Beruf, in der Politik, in der Wissenschaft und in der Kultur ebenso wie in der Medizin und in manchen Rechtsbereichen,
- dass sie auch unterschiedlich wahrgenommen und behandelt werden,
- zu verdeutlichen, woher diese Ungleichheit kommt und was nötig ist, um sie zu überwinden, weil sie sich keineswegs mit der Zeit auswächst, sondern der gezielten politischen Interventionen bedarf.

Diesen Paradigmenwechsel in den Mainstream zu bringen, war herausfordernd – aber durchaus produktiv. Die für Frauenpolitik zuständigen Ministerinnen nach Jeanette Rott-Otte (Rose Götte, Doris Ahnen und Malu Dreyer), für die ich in dieser Zeit tätig war, hatten die neue Aufgabe engagiert und mit großem Interesse übernommen und jeweils eigene Schwerpunkte gesetzt.

Als ich fast 24 Jahre später – von Mai 2015 bis Februar 2019 – im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Abteilung Gleichstellung leitete, war das Politikfeld schon deutlich besser etabliert, hatte zumindest das Irritierende verloren. Geblieben waren ein mehr oder weniger ausgeprägtes Unverständnis mancher Ministerien für frauenpolitische Themen trotz verbaler Aufgeschlossenheit und die fehlende Selbstverständlichkeit, unterschiedliche Auswirkungen von Maßnahmen, Gesetzen und Vorhaben auf Frauen und Männer in eigener Zuständigkeit zu prüfen oder auch nur zu erkennen. Das wurde gerne dem Frauenministerium überlassen und keineswegs durchgängig als eigene Aufgabe im Ressortbereich angesehen.

Der notwendige Perspektivenwechsel, Gleichstellungspolitik auch als Teil der eigenen Ressortzuständigkeit anzusehen, gelingt nach meiner Erfahrung am besten, wenn die gleichstellungspolitischen Aufgaben und Themen länderübergreifend sind und von europäischen oder internationalen Institutionen begleitet oder – besser noch – vorgegeben werden.

Es war für mich sehr spannend, die Entwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Landes- und Bundesebene – und davor in meiner politisch aktiven Zeit in der SPD – mitverfolgen und mitgestalten zu können:

- die großen Linien, die sich in diesen Jahren in diesem Politikfeld aufgetan haben, darunter auch einige exemplarische Konfliktlinien, die schon zu meiner Anfangszeit und auch heute noch oder teilweise wieder die Debatten prägen,
- die Erfolge der Frauenpolitik,
- und die Schnittmengen zwischen ökonomischen und frauenpolitischen Interessen.

Als beunruhigend habe ich die gegenläufigen Entwicklungen wahrgenommen und die mit unterschiedlichen Begriffen geführten neuen oder scheinbar neuen Debatten, bei denen manches durcheinandergerät und deshalb der begrifflichen, politischen und strategischen Klärung bedarf.

Aus heutiger Sicht kann ich feststellen, dass – gemessen an 1991 – sehr viel erreicht worden ist – national und international. Aber es bleibt auch noch viel zu tun, bis Gleichstellung ganz selbstverständlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen und die Gleichstellung von Frauen und Männern tatsächlich erreicht sein wird.

Ich bedanke mich für die Unterstützung meiner Arbeit ganz besonders bei Christoph Habermann und Ruth Müller-Lindenberg.

1. Gleichstellung – wo stehen wir heute?

»Ja, es gibt Rückschläge. Aber es gibt noch viel mehr Fortschritte. Die Geschichte der Frauen ist seit 1971 eine Geschichte der Erfolge. Zeit, sie endlich auch zu genießen!« (EMMA, Januar/Februar 2007)

Tatsächlich hat die Frauenbewegung in den letzten Jahrzehnten sehr viel erreicht. Vieles wurde besser – aber nicht alle Verbesserungen haben alle Frauen erreicht. Ein großer Erfolg ist aus meiner Sicht, dass es gelungen ist, Frauenpolitik auf allen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen, in den Verwaltungen und teilweise auch in den privaten Unternehmen – institutionell zu verankern. Nur so kann Frauen- und Gleichstellungspolitik wirklich etwas bewegen und für alle wirksam werden. Auch wenn es immer wieder Rückschritte gegeben hat, sind mit diesen Strukturen Fortschritte erzielt worden, die sonst kaum möglich gewesen wären: darunter Gesetze, große Programme, Kampagnen, eine gleichstellungsbewusstere Kultur in Behörden, Unternehmen und Einrichtungen, der Auf- und Ausbau von Infrastrukturen für Frauen, etwa zum Schutz vor Gewalt, zum Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit und tragfähige Kooperationsstrukturen im internationalen Bereich.

Bei alledem war und ist das Zusammenspiel mit der Frauenbewegung sehr wichtig und hat sich als ein kaum zu überschätzender Erfolgsfaktor erwiesen. In den Frauenorganisationen und -verbänden können Themen und Anliegen aufbereitet, breit diskutiert und öffentlich gemacht und damit der Boden dafür bereitet werden, dass sie von der Politik aufgegriffen und umgesetzt werden können.

Doch trotz rechtlicher Gleichstellung, trotz institutionalisierter Gleichstellungspolitik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, trotz vieler Maßnahmen, Gesetze, Programme und Kampagnen haben wir noch immer geschlechtsspezifische Ungleichheiten.

Gender Pay Gap: Es gibt weiterhin ein deutliches Lohngefälle zwischen Frauen und Männern: Im Jahr 2021 war der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Frauen noch immer 18% (unbereinigter Gender Pay Gap) niedriger als der der Männer: Frauen verdienten mit durchschnittlich 18,62 Euro brutto in der Stunde 4,16 Euro weniger als Männer mit 22,78 Euro. Der bereinigte Gender Pay Gap lag demnach bei 6%.¹

¹ Gender Pay Gap 2020: Frauen verdienen 18% weniger als Männer – Verdienstunterschied bei durchschnittlich 4,16 Euro brutto pro Stunde; destatis; Pressemitteilung Nr. 106 vom 9.3.2021.

Gender Pension Gap: Noch deutlicher fällt die Rentenlücke aus: So beziehen Frauen im Durchschnitt eine um 49% geringere eigene Alterssicherungsleistung als Männer (in den neuen Ländern ist der Unterschied mit 23% deutlich geringer als in den alten Ländern mit 55%.² Nach einer Studie der Universität Mannheim und der Tilburg University im Auftrag von Fidelity International hätte eine Frau, die mit 67 Jahren in den Ruhestand geht, mit Stand heute monatlich 140 Euro weniger gesetzliche Rente als ein Mann. Nach 15 Jahren Rentenbezug summieren sich dieser Abstand auf insgesamt rund 25.000 Euro.³ Bis zum Alter von 35 Jahren gebe es kaum einen Unterschied bei den zu erwartenden Rentenansprüchen. Ab etwa 35 Jahren würden Männer aber deutlich mehr Rentenpunkte erwerben als Frauen und könnten daher auch mit höheren Rentenzahlungen rechnen. Bei den 36- bis 45-jährigen Frauen liege die geschlechtsspezifische Rentenlücke bei 15%, bei den 46- bis 55-jährigen bei 27%.

Altersarmut ist somit bei vielen Frauen programmiert. Im Jahr 2019 lag die Altersarmutsgefährdungsquote von Frauen bei 16,6%, die der Männer bei 15,2%.⁴ Die OECD prognostiziert sogar einen weiteren Anstieg der Altersarmut, wenn die Politik nicht gegensteuere.⁵ Zu den Risikogruppen zählen Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, Alleinerziehende, Selbstständige und atypisch Beschäftigte, die in Teilzeit oder mit befristeten Verträgen arbeiten, also mit großer Mehrheit Frauen. Für sie beziffern die Autor/-innen die Rentenlücke auf 46(!)%. Der OECD-Durchschnitt beträgt 25%.

»Damit ist Deutschland innerhalb der OECD-Länder Schlusslicht und liegt noch hinter Luxemburg, den Niederlanden und Österreich«, stellte der Tagesspiegel fest.⁶ Als Gründe für die große Differenz benennt die Studie den

² Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2020 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI; S. 32; www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Rente/alterssicherungsbericht-2020.pdf.

³ Alexandra Niessen-Ruenzi/Christoph Schneider: »The Gender Pension Gap in Germany«, im Auftrag von Fidelity International; www.uni-mannheim.de/newsroom/presse/pressemitteilungen/2019/september/gleicher-job-weniger-rente-frauen-erhalten-26-prozent-weniger-gesetzliche-rente-als-maenner/.

⁴ Armutsgefährdung und materielle Entbehrung bei älteren Menschen; Statistisches Bundesamt 2022; [destatis: armutsgefaehrungsquote-in-deutschland-nach-geschlecht](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/436178/umfrage/);

⁵ OECD Pensions at a Glance, 2019 – OECD and G20 Indicators; read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/pensions-at-a-glance-2019_b6d3dcfc-en#page7.

⁶ Cordula Eubel: »Nirgendwo ist die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen größer«, Tagesspiegel, 27. 11.2019; www.tagesspiegel.de/politik/deutschland-im-oecd-vergleich-schlusslicht-nirgendwo-ist-die-rentenluecke-zwischen-maennern-und-frauen-groesser/25275228.html.

hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung sowie »die überdurchschnittlich hohen Lohnunterschiede in Deutschland«. Risikofaktoren sind Teilzeit, Minijobs und Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Ursache dafür, dass sich darin so viele Frauen in den westlichen Bundesländern befinden, ist wiederum die traditionelle Rollenverteilung, deretwegen Frauen häufiger als Männer auf Teilzeit oder Minijobs ausweichen (müssen). In den neuen Bundesländern hat die Frauenerwerbstätigkeit eine andere Tradition und andere strukturelle Voraussetzungen.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Frauen tragen weiterhin die Hauptlast der Haus- und Familienarbeit: Der Gender Care Gap, also der »prozentuale Unterschied der durchschnittlichen täglichen Zeitverwendung zwischen Frauen und Männern für unbezahlte Sorgearbeit«, beträgt laut dem Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 52,4%.⁷ Frauen sind nach wie vor überwiegend für die Sorgearbeit zuständig: In Familien mit zwei Kindern wenden sie durchschnittlich 6,3 Stunden täglich an Werktagen und 8,9 Stunden am Wochenende für deren Betreuung auf – Männer zwei bzw. 5,3 Stunden.⁸ Diese Arbeitsverteilung hält sich nach wie vor und prägt weiterhin den Arbeitsmarkt – zulasten von Frauen.

Frauen sind mehrheitlich im Dienstleistungssektor tätig: Im Juni 2019 betrug der Anteil weiblicher Beschäftigter in diesem Bereich 61,7%, in medizinischen Gesundheitsberufen 82,1%, in den Reinigungsberufen 74,5% und in Verkaufsberufen 72,1%.⁹ Die TOP 10 Ausbildungsberufe von Frauen waren im Jahr 2020: Kauffrau für Büromanagement, Medizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte, Industriekauffrau, Kauffrau im Einzelhandel, Verkäuferin, Verwaltungsfachangestellte, Kauffrau im Groß- und Einzelhandel und Bankkauffrau.¹⁰ Im Bereich der Informatik- und anderer IT-Berufe sind Männer dagegen mit 83% der Beschäftigten vertreten, im Bereich Bauplanung, Architektur und Vermessung mit 70,7%.¹¹

⁷ Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 18/12840, 21.6.2017 S. 9.

⁸ Ann-Kathrin Eckardt: »Familienaufstellung – Vater Mutter, Kind – die Kleinfamilie mit klarer Rollenverteilung war lange das Leitbild der Deutschen. Doch unser Zusammenleben verändert sich. Familie heute, was heißt das eigentlich?«, Süddeutsche Zeitung vom 16./17.1.2021.

⁹ destatis: TOP 10 Ausbildungsberufe 2020; www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/_Grafik/_Interaktiv/top-10-ausbildungsberufe-frauen.html.

¹⁰ de.statista.com/statistik/daten/studie/167555/umfrage/frauenanteil-in-verschiedenen-berufsgruppen-in-deutschland/#statisticContainer.

¹¹ Ebd.

Führungspositionen sind auch heute noch überwiegend männlich besetzt: Der durchschnittliche Frauenanteil in den Aufsichtsräten der aktuell 105 börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen, die unter die Quote fallen, lag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft (FüPoG) im Januar 2015 bei 19,9%, in deren Vorständen bei 5(!)%. 2021 sind immerhin 33,19% der Aufsichtsratsmitglieder dieser Unternehmen Frauen, in den Vorständen der vom Gesetz betroffenen Unternehmen in den Vorständen 2021 13,2%. Allerdings: 13% der Unternehmen haben in beiden Gremien keine einzige Frau.¹²

Geschlechterstereotype verstellen nach wie vor häufig den Blick auf die Qualifikationen von Frauen und erschweren so eine Berufsplanung und -ausübung, die sich an den Fähigkeiten und Neigungen statt an vorgegebenen Rollenmustern orientiert.

Sexismus und Gewalt gegen Frauen sind in der Gesellschaft strukturell verankert und immer noch eine große Herausforderung.

Begriffsverwirrungen: Im Laufe der letzten 40 Jahre hat sich der frauenpolitische Diskurs insgesamt stark verändert. Neue Strategien, Begriffe und Handlungsfelder (zum Beispiel Gender Mainstreaming, Diversity, Antidiskriminierungspolitik, Intersektionalität) sind hinzugekommen, die zu neuen Debatten geführt haben, aber auch zu Begriffsverwirrungen. Häufig wurden und werden unter denselben Begriffen unterschiedliche Phänomene und Konzepte verstanden und umgekehrt. Eine Klärung ist daher sinnvoll und fruchtbar. (Auch) dafür ist es nützlich, sich auf die Grundlagen und die Geschichte der Frauenpolitik zurückzubesinnen. Dabei stellt man fest, dass die grundsätzlichen Fragen, über die schon vor mehr als 100 Jahren gestritten worden ist, auch heute noch aktuell sind und sich wie ein roter Faden durch die frauen- und gleichstellungspolitischen Debatten und Auseinandersetzungen ziehen.

¹² Women-on-Board-Index 185 II – Frauenanteil im Aufsichtsrat und Vorstand der 160 im DAX, MDAX und SDAX sowie der 27 paritätisch mitbestimmten, im Regulierten Markt notierten Unternehmen (Stand 1.1.2022), Hrsg. FidAR.

18. Was ist zu tun?

»... eine Welt, die so ungerecht bleibt, wie sie ist, nur dass das Verhältnis von Frauen und Männern überall fifty-fifty beträgt (...), ist kein Fortschritt (...) Ungerechte Geschlechterverhältnisse (...) sind lediglich Symptome von Ungerechtigkeiten, die viel tiefer liegen. Deshalb können sie auch nicht mit oberflächlichen Gleichstellungsinitiativen gelöst werden, sondern verlangen radikale, an die Wurzel gehende Analysen und Aktionen.« (Antje Schrupp)

Eine offensive Gleichstellungspolitik

Die alte und die Neue Frauenbewegung haben maßgeblich dazu beigetragen, dass scheinbar rein private Bereiche wie Ehe und Familie, Sexualität, Schwangerschaft, Kindererziehung und Gewalt zu gesellschaftlichen und politischen Themen geworden sind. Sie haben das Bewusstsein dafür geschärft, dass diese Bereiche im Lichte der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen sind und dass strukturelle Verbesserungen für Frauen in Richtung Gleichberechtigung nur mit strukturellen Maßnahmen erreicht werden können. Dazu ist eine Politik notwendig, die *insgesamt* auf eine gerechte Verteilung von Arbeit, Macht, Geld und Zeit abzielt.

Für die Frauen- und Gleichstellungspolitik bedeutet das: Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, die noch immer prägende Kraft hat, muss im Lichte der gesellschaftlichen Verhältnisse gesehen und grundlegend verändert werden. Sie sichert die volle Arbeitskraft der männlichen Erwerbstätigen, die von Haus- und Familienarbeit lange Zeit vollkommen entlastet waren, und den Nachwuchs an Arbeitskräften. Diese »Reproduktionsarbeit«, die auch heute noch überwiegend von Frauen geleistet wird und die essenziell für die Familie und für die Gesellschaft (auch für die Wirtschaft!) ist, blieb und bleibt quasi unsichtbar, weil sie nicht als »Arbeit« wahrgenommen wird, sondern als Ausdruck von Liebe und Fürsorge.

Dort wo sie auf dem Arbeitsmarkt sichtbar ist, in den sozialen Berufen (typischerweise »Frauenberufen«) wird sie skandalös schlecht bezahlt, nicht zuletzt, weil sie keinen »Marktwert« hat. Dahinter steht ein Menschenbild, das »einen Finanzberater oder einen Waffenproduzenten besser (honoriert) als einen Menschen, der tatsächlich einen Wert für die Gesellschaft erzeugt, also zum Beispiel gesunde Kinder großzieht oder alte Leute versorgt. Ein Frauenthema ist Care-Arbeit nur deshalb, weil sie als weiblich gilt – und Frauen nach wie vor häufiger und mehr Care-Arbeit verrichten als Männer«, wie Ina Praetorius, die in der Schweiz 2015 den Verein »Wirtschaft ist Care« gegründet hat, feststellt.¹

¹ Ina Praetorius: »Care-Arbeit: ›Wer hat eigentlich verdient, gut zu leben?‹«, 11.2.2019; www.zeit.de/arbeit/2019-01/care-arbeit-pflege-kinder-eltern-ina-praetorius.

Viele Hürden wurden bereits genommen, um die geschlechtsspezifische Rollenverteilung aufzubrechen: im Ehe- und Familienrecht, mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und den Gleichstellungsgesetzen, mit dem Ausbau des Hilfesystems für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen und mit wichtigen Gesetzen und Kampagnen. Gleichstellung im Sinne von echter Emanzipation ist aber mehr als moderne Familienpolitik, mehr als Schutz vor Gewalt, mehr als Quoten und Parität. Zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne echter Emanzipation gehören ebenso Schutz vor Armut, vor Ausbeutung, vor Diskriminierung und vor Marginalisierung. Nur wenn die Gleichstellungspolitik auch diese sozialen Themen in den Blick nimmt, und auf die politische Tagesordnung setzt mit dem Ziel einer gleichberechtigten und sozial gerechten Gesellschaft, wird die Emanzipation aller Frauen nachhaltig zu erreichen sein.

Es geht um nicht weniger als um eine Gesellschaft, die *allen* Menschen ein gutes Leben ermöglicht, in der der gesellschaftliche Reichtum nicht bei ganz wenigen konzentriert ist, in der Umwelt und Natur geschützt und so die natürlichen Ressourcen auch für die nachfolgenden Generationen gesichert werden. Es geht um eine Gesellschaft, die nicht zulässt, dass einige wenige nicht nur die Erde zerstören, sondern jetzt auch noch dabei sind, sich das Weltall anzueignen und zu vermüllen. August Bebel gab schon 1895 zu bedenken, dass es »keine Befreiung der Menschheit (gebe), ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.«² Für ihn gab es aber auch umgekehrt keine Befreiung der Frauen ohne die Lösung der sozialen Frage.

Was bedeutet das für die Perspektiven der Frauenbewegung heute? Nancy Fraser beschreibt die Wege der Frauenbewegung so: »In dem einen Szenario fasste (die Bewegung zur Befreiung der Frauen) eine Welt ins Auge, in der Gender-Emanzipation mit partizipatorischer Demokratie und sozialer Solidarität Hand in Hand ging; in einem zweiten Szenario aber verhiess sie eine neue Form des Liberalismus, der Frauen ebenso wie Männern zu den Segnungen individueller Autonomie, vermehrter Wahlmöglichkeiten und eines meritokratischen Aufstiegs verhelfen könne.«³

Für mich liegt auf der Hand: Der erste Weg ist der schwierigere, denn es geht um eine Veränderung der Verhältnisse. Ohne Veränderung der Verhältnisse wird es auch nicht den »Respekt für alle« geben, von dem die SPD in ihrem Wahlprogramm »Aus Respekt vor deiner Zukunft – Das Zukunftspro-

² August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Einleitung zur 25. Auflage 1895, Frankfurt a.M. 1977, S. 30.

³ Nancy Fraser: »Neoliberalismus und Feminismus: Eine gefährliche Liaison«, Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2013.

gramm der SPD« gesprochen hat. Darin kommt das Wort Respekt 66-mal vor, das Wort soziale Gerechtigkeit zweimal. Als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen dem Respekt für jeden Einzelnen und den Verhältnissen, in denen die Menschen leben! Respekt allein genügt da nicht.

Wir brauchen eine Veränderung der Verhältnisse für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch *tatsächlich* – nicht nur auf dem Papier – die gleichen Chancen und Rechte hat, in der eine menschenwürdige Existenz gesichert ist, eine Gesellschaft, in der eine gute Gesundheitsversorgung und bezahlbares Wohnen ebenso selbstverständlich sind wie die Versorgung mit Energie und Wasser, digitale Teilhabe und eine auskömmliche Rente im Alter.

Gleichstellungspolitik hat den Vorteil und die Herausforderung, dass sie als Querschnittsaufgabe auf alle Politikbereiche einwirken und auf die Beseitigung struktureller Ungerechtigkeit und Diskriminierungen aller Art hinwirken kann und soll. Fortschrittliche Gleichstellungspolitik sollte, wenn sie wirksam und nachhaltig sein will und wenn sie in einem entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Umfeld den notwendigen Spielraum hat, auch auf eine Neuverteilung von Arbeit, Macht, Geld und Zeit setzen. Sie muss strukturelle Ungleichheiten nach Klasse, Geschlecht und Migration hinterfragen und auf ihre Überwindung hinarbeiten. Wichtige Handlungsansätze dafür sind

- eine gerechte Verteilung und Organisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit: sowohl der (bezahlten) Erwerbsarbeit als auch der (unbezahlten) Haus- und Familienarbeit, um Frauen und Männern ökonomische Unabhängigkeit zu ermöglichen. In der Familienpolitik sind weitere Anreize erforderlich, um die Elternschaft gleichberechtigt zu gestalten;
- eine gerechte Verteilung des Geldes: Väter und Mütter müssen Erwerbsarbeit und Familienarbeit miteinander in Einklang bringen können, ohne in finanzielle Probleme zu geraten. Sowohl in der bezahlten Erwerbsarbeit als auch steuerrechtlich müssen Fehlanreize zulasten erwerbstätiger Frauen abgebaut werden (zum Beispiel das Ehegattensplitting und die Steuerklassenkombination 3/5);
- die Abschaffung der Minijobs, mindestens aber eine deutliche Absenkung der Geringfügigkeitsgrenze, um existenzsichernde Einkommen zu ermöglichen und Negativanreize zu vermeiden, ebenso gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Dazu ist ein höherer Mindestlohn unumgänglich;
- Steuergerechtigkeit: Jährlich werden in Deutschland 80 bis 150 (!) Milliarden Euro an Steuern den Finanzämtern vorenthalten.⁴ Diese Mittel fehlen für den Ausbau der sozialen Infrastruktur, für die Unterstützung bedürf-

⁴ Kai Bussmann: »Jan Disteldorf, Klaus Ott, Nils Wischmeyer: Neue Steueraffäre – Auch in Frankfurt ermittelt die Staatsanwaltschaft«, Süddeutsche Zeitung, 19.10.2021.

tiger Menschen, im Bildungsbereich und an vielen anderen Ecken und Enden. Nur wenn die Vermögenden einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten, können unsere sozialen Sicherungssysteme wieder ausreichend finanziert und dauerhaft stabilisiert werden.

- Schließlich gehört dazu auch, Gewaltverhältnisse zu überwinden: sowohl die Gewalt auf der individuellen Ebene, als auch die strukturelle Gewalt, die sich in Ausgrenzung zeigt, in Diskriminierung, Ungleichbehandlung, in Abwertungsmechanismen und in einer Politik, die ein Gegeneinander statt ein gutes Miteinander fördert und die Gesellschaft spaltet: Erwerbstätige gegen »Hartzler«, Junge gegen Alte, Kinderlose gegen Familien mit Kindern, Deutsche gegen Zugewanderte, Geimpfte gegen Ungeimpfte – die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Die Frauenbewegung kann ein wichtiger Motor sein, um die notwendigen Veränderungen voranzubringen. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist in den letzten Jahren vor allem deshalb so erfolgreich, weil sie gut und intensiv mit einer wirkmächtigen und hervorragend vernetzten Frauenbewegung zusammenarbeitet. Diese ist in den vergangenen Jahren wieder stärker geworden – auch, weil sie mit anderen Bewegungen zusammenarbeitet und weil sie sich professionalisiert hat. Das hat der Frauen- und Gleichstellungspolitik Rückenwind gegeben für Gesetze, Initiativen und Projekte, die sonst am Widerstand der Konservativen gescheitert wären. Dieses Pfund gilt es, noch stärker zu nutzen und den Blick darauf zu richten, dass man die Situation von Frauen langfristig nur in einer sozial gerechten Gesellschaft verbessern kann.

Auch wenn die institutionalisierte Frauen- und Gleichstellungspolitik nur begrenzte Möglichkeiten hat, die Verhältnisse insgesamt zu verändern, sollte sie diese Veränderungsnotwendigkeit immer im Blick haben und ihre Möglichkeiten nutzen. In meiner langjährigen gleichstellungspolitischen Arbeit habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die größeren und erst recht die großen Schritte nur gemeinsam, in Offenheit und wechselseitigem Vertrauen möglich sind.

Die Frauen- und Gleichstellungspolitik braucht nach wie vor eine Frauenbewegung, die sie fordert, antreibt und ihr in stürmischen Zeiten Rückenwind geben kann. Die Frauenbewegung wiederum braucht eine Frauen- und Gleichstellungspolitik, die ihre weiter gehenden Forderungen ernst nimmt und möglichst transparent kommuniziert. Beide Akteure müssen sich dabei ihrer unterschiedlichen Rollen und Möglichkeiten bewusst sein.

Was Anfang der 1990er-Jahre zu Beginn meiner Arbeit in Rheinland-Pfalz wie Konkurrenz aussah, weil die Frauenbewegung und die Gleichstellungsbeauftragten für uns im Ministerium durchaus kritisch und fordernd

waren, hat sich als notwendige Schubkraft herausgestellt. Vor allem dann, wenn die Forderungen nicht nur an das für Gleichstellung zuständige Ministerium adressiert wurden, sondern auch an die Fachressorts, an den Ministerpräsidenten und an den Landtag. Je gemeinsamer, konkreter und fachlich fundierter die Forderungen an die Adresse der gesamten Regierung, an die Verwaltung und an das Parlament herangetragen wurden, desto mehr wuchs die Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen.

In Rheinland-Pfalz führte auch die Nähe des Landesfrauenbeirats zur Landesregierung, für die er als Beratungsgremium eingerichtet worden war, zu einem sehr guten Austausch, der – wenngleich nicht immer sofort – häufig perspektivisch wirksam wurde. Auf Bundesebene gibt es viele Zusammenschlüsse, die wichtige Kooperationspartner der Bundesregierung sind: Der Deutsche Frauenrat als Dachverband ist hier an erster Stelle zu nennen, aber auch der Deutsche Juristinnenbund und viele Initiativen, Vereine und Projekte.

Die Frauenministerinnen, die ich in meiner Zeit auf Landes- und auf Bundesebene erlebt habe, hatten das Vertrauen und die Rückendeckung der Frauenorganisationen und -verbände, was maßgeblich zu ihrer Durchsetzungskraft und zu ihren Erfolgen beigetragen hat. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist natürlich auch eine politisch starke Frauenministerin, die sowohl die Frauenfrage als auch die soziale Frage im Blick hat und im Parlament und im Kabinett gut verankert ist.

Gleichberechtigung – ein universelles Menschenrecht

Gleichberechtigung von Frauen und Männern gehört zu den Menschenrechten, die die Vereinten Nationen in der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« beschlossen haben (Resolution 217 A III vom 10.12.1948). Für die Frauenpolitik und für die Frauenbewegung bedeutet das, eine »Welt ins Auge (zu fassen), in der Gender-Emanzipation mit partizipatorischer Demokratie und sozialer Solidarität Hand in Hand« gehen.⁵

Zwei Milliarden Menschen auf der Welt leiden unter Mangelernährung, die große Mehrheit, 1,4 Milliarden, sind Frauen und Mädchen. Hohe Müttersterblichkeit, Hunger, Mangelernährung, schlechtere Bildungschancen für Mädchen und sexualisierte Gewalt kennzeichnen vielfach ihre Lage.⁶

Gleichberechtigung von Frauen und Männern kann die Gesellschaften insgesamt stärken und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen:

⁵ Nancy Fraser (siehe Anm. 3).

⁶ Carsta Neuenroth: »Geschlechtergerechtigkeit als Weg aus Hunger und Armut«; www.brot-fuer-die-welt.de/themen/gleichberechtigung.

»Wenn Landwirtinnen den gleichen Zugang zu produktiven Ressourcen bekommen, wie Männer ihn haben, steigt ihre Produktivität so stark, dass hochgerechnet auf alle Entwicklungsländer rund 3% mehr Nahrung produziert würde und damit etwa 15% weniger Menschen hungern müssten.«⁷ Es lohnt sich also doppelt, in Gleichberechtigung zu investieren, weil sie allen zugutekommt.

Die Welt retten – mit einem starken Bündnis

1979 mahnte die »International League for Peace and Freedom« in einem Appell, dass »die Frauenbewegung keinen Sinn (habe), wenn aus ihr nicht der Wille der Frauen (erwache), den Kampf um ihre eigene Freiheit mit dem Kampf für die Befreiung von allen Formen der Unterdrückung zu verbinden. Die befreite Frau (könne) es nicht zulassen, dass ein Land das andere« unterdrücke.⁸

Das kann die Frauenbewegung allein nicht schaffen. Überall auf der Welt brennt es – auch im wörtlichen Sinne: Wälder, Steppen, ganze Landschaften, die durch Umweltkatastrophen vernichtet und ganze Länder, die durch Kriege zerstört wurden und werden. Das eine geht nur zu oft mit dem anderen einher, wie man an den brennenden Ölfeldern im Irak gesehen hat, an den verheerenden Giftgasangriffen mit Agent Orange im Vietnam-Krieg und an den gigantischen Schäden, die Atombombenversuche und -abwürfe angerichtet haben. Die fürchterlichen Zerstörungen in der Ukraine sind das jüngste Beispiel.

Wir brauchen deshalb ein breites und starkes Bündnis all derer, die sich für Geschlechtergerechtigkeit engagieren, für soziale Gerechtigkeit und für Frieden und Abrüstung. Kurzum: für ein gutes Leben für alle Menschen – in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt. Dazu gehören auch die Bewegungen, die sich für den Erhalt und die Schonung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Denn wenn das Klima kollabiert, stirbt der Planet und stirbt der Mensch.

Im Pariser Klimaabkommen, das auf der 21. Klimakonferenz am 12.12.2015 beschlossen wurde, haben sich die unterzeichnenden Staaten politisch verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf »deutlich unter« zwei Grad Celsius zu begrenzen, mit Anstrengungen auf 1,5 Grad Celsius. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen drastisch redu-

⁷ Carsta Neuenroth: »Geschlechter-Ungerechtigkeit hat viele Gesichter«, www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-gleichberechtigung-ist-eine-schnecke/.

⁸ Kristen R. Ghodsee: »Die roten Großmütter der Frauenbewegung«, [Le Monde diplomatique](http://monde-diplomatique.de/artikel/!5783386), 8.7.2021; monde-diplomatique.de/artikel/!5783386.

ziert, die Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel gestärkt und die dafür notwendigen Mittel aufgebracht werden. Das muss politisch so gestaltet werden, dass das ökologisch Notwendige nicht zulasten des Sozialen geht.

Eine solchermaßen konsequente Klimapolitik muss *alle* Bereiche einbeziehen! Derzeit fällt ein maßgeblicher Bereich aus den Überlegungen zum Erreichen des Klimaziels ganz heraus: das Militär. Allein der Irakkrieg soll einer Studie der Nichtregierungsorganisation »Oil Change International« zufolge 141 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß in vier Jahren verursacht haben! Das entspreche 25 Millionen zusätzlicher Autos auf Amerikas Straßen, über ein ganzes Jahr hinweg.⁹ Trotzdem bleiben Rüstung und kriegerische Interventionen zurzeit völlig außen vor – obwohl auch sie dramatisch zur Klimakrise beitragen!

Ein Forscherteam der Brown University in Rhode Island, USA, bezifferte in einer Studie den Kohlendioxidausstoß des US-Verteidigungsministeriums zwischen 2001 und 2017 auf 1,2 Milliarden (!) Tonnen. Allein im Jahr 2017 seien es 59 Millionen Tonnen gewesen. Das ist mehr, als ein Industrieland wie Schweden insgesamt verursacht.

Die Ärzt/-innenorganisation IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War; Name der deutschen Sektion: IPPNW Deutschland – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.) weist im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag 2020–2025 auf die umweltzerstörenden Effekte militärischer Aufrüstung hin: »Militär, Rüstungsindustrie und Krieg verbrauchen ungeheure Mengen an fossilen Brennstoffen und verursachen massive Umweltschäden durch verseuchte Böden und Gewässer, Brände und Flächenverbrauch.«¹⁰

Und kein Ende in Sicht. Im Gegenteil: Die Ost-West-Beziehungen befinden sich nicht nur an einem gefährlichen Kipppunkt. Der Krieg gegen die Ukraine könnte zum Funken im Pulverfass werden, der die Welt an den Abgrund bringt. Die Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale hat in der Stellungnahme eines breiten Bündnisses zur Umsetzung des 3. Aktionsplanes der Bundesregierung zur UN-Resolution 1325 deutlich gemacht: »Außerdem bedauern wir, dass die Bundesregierung sich auch im 3. NAP nicht zu einer expliziten Friedenspolitik bekennt und einen stärkeren Fokus auf zivile Krisenintervention legt. Militärische Strategien sind keine nachhalti-

⁹ Felix Eick: »Krieg und Rüstung – Die vergessenen Klimasünder«, 29.8.2020; www.welt.de/wirtschaft/article211016375/CO2-Emissionen-Krieg-und-Ruestung-die-vergessenen-Klimasuender.html.

¹⁰ »Wegweisender Klimaschutz« mit Militär und Atomenergie unvereinbar; IPPNW-Pressemitteilung vom 25.11.2021; www.ippnw.de/presse/artikel/de/wegweisender-klimaschutz-mit-milit.html.

gen Instrumente zur Friedensförderung, auch wenn diese geschlechtergerecht ausgestaltet werden.«¹¹ Hätte sie das mal getan!

Auch das Frauennetzwerk für Frieden kritisiert, dass nach dem Koalitionsvertrag 2021–2025 »die Rüstungsausgaben sehr wahrscheinlich weiter ansteigen (werden), direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode soll über die Tornado-Nachfolge entschieden werden, und mit bewaffneten Drohnen wird die Bundesregierung nun auch aufgerüstet«.¹² Genau diese neue Rüstungsspirale ist jetzt durch den Krieg Russlands in der Ukraine eingetreten. Und sie wird durch das ausschließlich auf militärische Konfliktlösung ausgegerichtete Agieren der Staaten des Westens weiter angeheizt.

Frauenbewegung, Umweltbewegung und Friedensinitiativen engagieren sich für die elementaren Grundlagen nicht nur unserer Gesellschaft, sondern der ganzen Welt. Im Idealfall könnte sich daraus ein starkes Bündnis für ein gerechtes, gesundes und friedliches Zusammenleben entwickeln. Diese Themen zusammenzudenken, vielleicht in einer gemeinsamen Zukunftskonferenz, auf der globale Zukunftsperspektiven und ein gemeinsames Vorgehen beschlossen werden, wäre ein großer Schritt. Es geht um unser aller Zukunft.

¹¹ Medica Mondiale: Frauen, Frieden und Sicherheit – Zivilgesellschaftliche Stellungnahme vom 25.2.2021 zum 3. Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung »Frauen, Frieden und Sicherheit«; www.medicamondiale.org/frauen-frieden-sicherheit-frauenrechte-un-resolution-1325.html.

¹² www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de/.